

Die Osterweiterung – Chancen und Risiken in einem großen Europa

1. Teil einer dreiteiligen Serie

Von

Heiner Flassbeck

WuM, März 2004

Am 1. Mai ist es soweit: Europa macht einen großen Sprung nach Osten. Was als eine rein westeuropäische Allianz begann, später das Mittelmeer und den europäischen Norden sowie Teile der britischen Inseln integrierte, wagt die Öffnung für Länder, die die wichtigen Jahrzehnte der Nachkriegsentwicklung hinter dem eisernen Vorhang verbrachten. Zehn neue Länder sollen mit den fünfzehn alten das neue Europa bilden. Ein Europa, das nicht als bloßer Ausfluss einer ideologischen Teilung der Welt entsteht, ein Europa, das sich nicht wirtschaftlich abschotten, sondern ein selbstbewusster und starker Partner der Welt sein will.

Das neue Europa wird ein gewaltiges Europa sein: 450 Millionen Menschen, fast doppelt soviel wie die USA, ein Bruttosozialprodukt, das deutlich größer ist als das der einzigen Supermacht, und eine Region, die mit einem kulturellen Reichtum gesegnet ist, der in der Geschichte der Menschheit seinesgleichen sucht. Gleichwohl, die schiere Größe garantiert noch keinen qualitativen Sprung. Dass die USA das neue Europa als Konkurrent nicht fürchten, spricht Bände. Wirtschaftlich mag das neue Gebilde ein Riese sein, politisch aber ist es ein Zwerg und militärisch höchstens eine Mittelmacht.

In Europa selbst sind die Meinungen geteilt. Die einen sehen die Erweiterung vor allem als Chance. Ein gewaltiger Markt entstehe, der den schon etwas erschlaferten westlichen Volkswirtschaften neues Potential erschließen und neuen Mut einhauchen soll. Manche hoffen sogar darauf, dass die „hungrigen“ jungen Marktwirtschaften Ost- und Mitteleuropas den alten „verkalkten“ so viel Dampf unterm Hintern machen, dass die Stagnation der letzten Jahre endlich überwunden wird.

Andere weisen auf neuen und größeren Subventionsbedarf für die neuen Mitglieder hin, die durch die Bank wesentlich geringere pro-Kopf-Einkommen aufweisen als die alten. Wer sich einen Klotz ans Bein bindet, sollte selbst eine sehr gute Konstitution aufweisen, sagen manche. Auch die Regulierungswut Brüssels werden den aufstrebenden Staaten nicht gut bekommen, wird eingewandt. Schließlich, und das dürfte die am meisten verbreitete Befürchtung im Westen sein, könnte der Exodus alteingesessener Firmen in die Niedriglohnländer durch deren Eingliederung in den großen europäischen Markt beschleunigt werden.

In der Tat, neu an dieser Eingliederung verglichen mit den früheren, ist nicht nur die Dimension hinsichtlich der Zahl der Länder, sondern auch deren wirtschaftliche Situation. Die Abbildung zeigt das Niveau der pro-Kopf-Einkommen in den neunziger Jahren im Vergleich zur Bundesrepublik, die gleich 100 gesetzt wurde. Alle Beitrittsländer zusammen liegen deutlich unterhalb der 30 % Marke, die meisten sogar unter einem Fünftel verglichen mit Deutschland. Das größte der Beitrittsländer, Polen, mit 40 Millionen Einwohnern, erreichte 2001 gerade mal ein Fünftel des deutschen Niveaus und fällt in den vergangenen Jahren sogar noch weiter zurück.

Ein solches Wohlstandsgefälle schafft nicht nur die erwähnten Anreize zur Abwanderung von Firmen aus Hochlohnländern, sondern auch den Zwang, eine Politik in der gesamten Union umzusetzen, die für einige Jahrzehnte das reale Aufholen dieser Länder nicht nur erlaubt, sondern aktiv fördert. Mehr noch, wer ärmere Länder politisch und wirtschaftlich integrieren will, sollte selbst in der Lage sein, seine eigenen Probleme zu lösen. Hochlohnländer, die von Niedriglohnländern bedrängt werden, müssen fähig sein, die technologische Barriere für neues Wachstum zu überwinden, soll ihr eigener Lebensstandard nicht in Gefahr geraten. Das aber setzt eine dynamische Investitionstätigkeit und hohes Wachstumstempo im Innern voraus, die in Alt-Europa spätestens seit Anfang der neunziger Jahre nicht mehr zu beobachten ist.

Das Problem mangelnden Wachstums in Kern-Europa aber sitzt noch viel tiefer und seine Ursachen reichen viel weiter zurück, als manch einer glauben mag. Betrachtet man nämlich einmal kritisch die Wachstumsphasen im westlichen Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, dann geht kaum ein Weg an der Einsicht vorbei, dass schon seit Anfang der siebziger Jahre, als Europa sozusagen aus der Obhut des weltweiten Finanz- und Handelssystems von Bretton Woods entlassen wurde, die Misere begann. Aus den Ölpreiskrisen der siebziger und der achtziger Jahre ist Europa im Vergleich zu den USA geschwächt hervorgegangen. Viele Länder hatten danach jahrelang mit hoher Inflation und Wachstumsschwäche zu kämpfen und konnten nur hin und wieder die Gunst einer guten Weltkonjunktur oder eines niedrigen Wechselkurses nutzen, um nicht vollends hinter die USA zurückzufallen.

Die europäische Unfähigkeit, das Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, nachdem der große Bruder USA nicht mehr zur Verfügung stand, hatte System. Unter Anleitung Deutschlands, das in Gestalt der deutschen Bundesbank den Stab der monetären Führung von den USA übernommen hatte, galt vom ersten Tage der „Unabhängigkeit“ an, dass nur institutionelle und „strukturelle“ Verbesserungen dazu beitragen könnten, dauerhafte Wachstumserfolge zu zeitigen. Folglich konzentrierte sich die europäische Politik fast ausschließlich auf Konzepte, die darauf ausgerichtet waren, die Union selbst zu reformieren oder sie zu erweitern.

Reformen der Europäischen Union hatten stets das Ziel vor Augen, den europäischen Binnenmarkt gegen vielfältige Hindernisse zu verwirklichen. Dazu gehörte die Abschaffung aller Handelsschranken, die Freiheit des Kapitalverkehrs, die Vereinheitlichung von Normen und Regulierungen und - als krönendes Ende - die gemeinsame Währung. In jede Stufe dieser Vollendung eines großen offenen Marktes wurden große Hoffnungen gesetzt. Immer sollten mehr Wachstum, mehr Jobs und ein Überholen der USA die Folge sein.

Ende der 80er Jahre etwa, sagte der berühmte Cecchini-Report voraus, die europäische Wirtschaft werde mit der Vollendung des Binnenmarktes für viele Jahre einen Wachstumsschub erleben. Der Binnenmarkt wurde fristgerecht vollendet, das versprochene Wachstum aber blieb aus. Auch mit der Verwirklichung der Europäischen Währungsunion im Jahre 1999 wurde die Erwartung eines bedeutenden Wachstumsschubes verbunden. Das Ergebnis war die schlechteste Entwicklung seit dem zweiten Weltkrieg, nämlich eine nun schon über drei Jahre währende Stagnation. Zuletzt wurde im März 2000, beim Europäischen Rat in Lissabon, mit der Verabschiedung eines gewaltigen Bündels von Maßnahmen die Hoffnung verbunden, die USA im nächsten Jahrzehnt endlich überholen zu können. Nichts ist zu Anfang des Jahres 2004 von dieser mit großem Pomp in die Welt gesetzten Hoffnung geblieben.

Neben den inneren institutionellen Reformen gab es in den Augen der Eurokraten nur noch das Mittel der Erweiterung, um neue Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung zu setzen. Jede Ausweitung des europäischen Wirtschaftsraumes musste in ihren Augen die Chancen für mehr Wachstum unmittelbar erhöhen, weil größere Märkte schlicht effizientere Märkte sind. So wird jetzt auch die Osterweiterung als Potential für höheres Wachstum auf allen Seiten verkauft.

Ganz unabhängig von politischen Erwägungen ist jedermann, die Altmitglieder wie die beitragswilligen Länder, noch immer davon überzeugt, die Europäische Union sei eine wirtschaftliche Erfolgsstory. Dass sie das vielleicht gar nicht ist, kommt niemandem in den Sinn. Alle sind geblendet von dem erreichten Wohlstandsniveau und dem Abstand von den Beitrittsländern in Osteuropa. Stellen wir uns nur einmal vor, der Großteil des heute in Europa erreichten Wohlstandes sei einem ungeheuer erfolgreichen globalen System geschuldet, dessen Zeit zu Anfang der siebziger Jahre abgelaufen war, und Europa habe es seitdem nicht geschafft, etwas Vergleichbares an seine Stelle zu setzen. Wie sieht dann die Zukunft einer europäischen Union mit 25 Ländern aus, von denen mindestens zehn als absolut arm zu bezeichnen sind?

Ist die These vom vollständigen wirtschaftspolitischen Versagen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Union so abwegig? Seit 1975 herrscht in Europa Arbeitslosigkeit. Anders als in den USA ist es seitdem nicht einmal gelungen, die Arbeitslosigkeit für einige Jahre signifikant zu vermindern. Im Gegenteil, von unter 5 % im Jahre 1975 ist die Arbeitslosenquote bis heute auf fast 9 % gestiegen. Das spiegelt exakt das Wachstumsergebnis wider. Weder in den 70ern, noch in den 80er Jahren, ganz zu schweigen vom vergangenen Jahrzehnt, gibt es eine längere Phase, in der ein europäischer Aufschwung verwirklicht worden wäre, der mit den zahlreichen Boomphasen in den USA zu vergleichen gewesen wäre. Obwohl es einige Perioden eines leichten Rückgangs der Arbeitslosigkeit gab, ist es nicht ein einziges Mal gelungen, diesen Rückgang über eine Konsolidierung des Wachstumserfolges auf eine Weise zu verstärken, dass man sich einem befriedigenden Beschäftigungsstand genähert hätte.

Warum sollten wir glauben, Europa werde in den nächsten Jahrzehnten, und Jahrzehnte werde in der Tat für die Integration der ärmeren Länder gebraucht, erfolgreicher sein, als in den letzten dreißig Jahren. Was hat sich fundamental geändert? Wo sind neue Weichenstellungen? Wo ist die europäische Führungspersönlichkeit, die vorhandene Defizite erkennen und bekämpfen würde? Wo ist ein radikal neuer Ansatz für politische Führung und eine effiziente demokratische Kontrolle?

Als sich am 9. November 1989 die Berliner Mauer zum ersten Mal öffnete, war die Erweiterung Europas um die Länder hinter dem eisernen Vorhang nicht mehr aufzuhalten. Warum hätte man sie auch aufhalten sollen? Die Länder, die jetzt beitreten und diejenigen, die weiter östlich noch darauf warten, müssen in einem offenen und freien Europa die gleichen Rechte haben wie die, die zufällig westlich der Elbe liegen.

Es ist folglich nicht der Beitritt, der die gewaltigen Probleme bereitet, mit denen wir konfrontiert sind, es ist der traurige Zustand des alten Europa, der uns Sorgen machen sollte und der nach dem Beitritt vermutlich in einer Weise zu Tage treten wird, die mich schon jetzt schaudern lässt. Ein Europa, das dreißig Jahre lang nicht in der Lage war, wirtschaftlich erfolgreich zu agieren, wird jetzt nicht aus dem Stand zehn oder mehr arme Länder Osteuropas erfolgreich integrieren und ihnen damit eine Chance zum Aufholen geben können. Das Beispiel der deutschen Vereinigung zeigt, wie dramatisch selbst innerhalb einer

funktionierenden politischen Einheit die wirtschaftlichen Folgen einer misslungenen Integration sein können.

Lesen Sie im nächsten Heft, warum Europa wirtschaftspolitisch versagt und welche politische Zeitbombe in seiner einseitigen Finanzierung steckt.

